



## Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 09.12.2015, 17:10 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

### ÖFFENTLICH

<b>TOP 1</b>	<b>Haushaltsplan 2016 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2015-2019 - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan (Vorl. Nrn. 495/15 bis 556/15) (Vorberatung)</b>	<b>Vorl.Nr. 405/15</b>
--------------	--	------------------------

---

#### Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung und steigt mit dem Hinweis auf die bereits beratenen Anträge zum Haushalt 2016 in die Tagesordnung ein. Sodann übergibt er das Wort an Herrn **Kiedaisch** (FB Finanzen), der über die Veränderungen des Haushaltsplanentwurfs entsprechend des Änderungsnachweises informiert. Danach geht er auf die noch offene Frage aus der vorhergehenden Sitzung zum Sachmittelaufwand für Asylsuchende in Höhe von 417.000 Euro ein. Dieser Betrag sei das Ergebnis einer Hochrechnung, basierend auf den Prognosen, wonach bis Ende 2016 rund 700 Personen eine Anschlussunterbringung in Ludwigsburg zur Verfügung gestellt werden müsste. Bei einer angenommenen Durchschnittsmiete von 13,00 Euro inklusive Nebenkosten und einer Wohnfläche von 10 qm beliefen sich die Kosten für die Anmietungen zuzüglich Hausmeisterservice und Kosten für die Einrichtung auf 837.000 Euro. Davon seien bis jetzt 420.000 Euro veranschlagt, was letztendlich den Mehraufwand in Höhe von 417.000 Euro bedeute. Was im Haushalt jedoch bislang unberücksichtigt geblieben sei, seien die Mieteinnahmen, die diesem Mehraufwand entgegenstünden. Diese seien nun statt wie bisher mit 400.000 Euro jetzt mit 700.000 Euro veranschlagt worden.

<b>TOP 1.1</b>	<b>ANLAGE Haushaltsplan 2016</b>	<b>Vorl.Nr. 406/15</b>
----------------	----------------------------------	------------------------

---

#### Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.1 bis 1.1.49.

---

**Beschluss:**

Für die Planung und Einrichtung eines Jugendgemeinderates oder einer anderen Jugendvertretung in Ludwigsburg und für die Finanzierung dieses Gremiums nach seiner Gründung werden 5.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Deetz** begründet den Antrag ihrer Fraktion, der Mittel für die Einrichtung eines Jugendgemeinderates vorsieht.

OBM **Spec**, EBM **Seigfried** sowie Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) informieren über die Schritte, die zur besseren Einbindung von Jugendlichen bereits angedacht seien. Auf jeden Fall wolle man den Dialog mit den Jugendlichen suchen, um gemeinsam den richtigen Weg zu finden. Allerdings müsse sich der Gemeinderat im Klaren darüber sein, dass es für diese zusätzliche Aufgabe auch zusätzliches Personal brauche. In anderen Kommunen seien dies in der Regel 0,5 bis 1 Stelle.

Stadtrat **Hermann** begrüßt die Initiative zur Einrichtung eines Jugendgemeinderates, zumal sie nun auch tatsächlich von den Jugendlichen komme. Er schlage vor, andere Kommunen wie Heilbronn, Esslingen und Reutlingen als Beispiele für die Einrichtung heranzuziehen. Die von der SPD-Fraktion beantragten Mittel in Höhe von 5.000 Euro seien seiner Meinung nach für die bloße Diskussion um die richtige Herangehensweise zu viel aber für die tatsächliche Installation eines Jugendgemeinderates wiederum zu wenig.

Wenn Interesse der Jugendlichen bestehe, so solle nach Auffassung von Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** die Einrichtung eines Jugendgemeinderates auch unterstützt werden. Dafür sollten dann auch die Mittel in Höhe von 5.000 Euro eingeplant werden.

Stadträtin **Moersch** freut sich, dass der Jugendgemeinderat nun wieder Thema sei. Sie sei deshalb unbedingt dafür, dass die 5.000 Euro im Haushaltsplan eingestellt würden. Allerdings brauche es für das sinnvolle Wirken eines solchen Gremiums auch ein schlüssiges Konzept sowie eine fachliche Begleitung. Die wiederum könne durchaus ehrenamtlich erfolgen.

Die Jugendlichen zeigten Engagement, stellt Stadtrat **Eisele** fest. Deshalb begrüße er ebenfalls das Thema Jugendgemeinderat. Natürlich sei dafür im Vorfeld aber noch Einiges zu klären.

Stadtrat **Kube** beklagt, dass den Jugendlichen häufig Politikverdrossenheit vorgeworfen werde. Deshalb sei es jetzt um so wichtiger, das Interesse aufzunehmen und sich mit den Jugendlichen über die Bildung eines entsprechenden Gremiums auseinander zusetzen. Dafür sollten die Mittel eingestellt werden. Allerdings warnt er vor einer zu langen Planungsphase, in der die Jugendlichen das Interesse wieder verlieren könnten.

Stadträtin **Burkhardt** begrüßt das Interesse der Jugendlichen an Kommunalpolitik und Stadtentwicklung. Außerdem würde sich das mit ihrem Recht auf Teilhabe decken.

Stadtrat Dr. **O`Sullivan** freut sich über die Zustimmung aus allen Bänken und weist darauf hin, dass der heute vorgesehene Betrag nur ein erster Schritt sein könne. Schließlich handle es sich laut Gemeindeordnung bei der Beteiligung der Jugendlichen um eine Pflichtaufgabe und sei zudem ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Die Idee, dass sich Stadträte in die Betreuung einbinden könnten, halte er für gut.

Zustimmung bekommt auch EBM **Seigfried** der vorschlägt, zur Klausur der Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales Jugendliche einzuladen, um dann mit den Betroffenen über die Idee zu diskutieren.

Auf den Hinweis von OBM **Spec**, dass die 5.000 Euro zunächst lediglich für die Sachmittel ausreichend seien, erklären sich Stadträtin **Deetz** und Stadträtin **Moersch** dazu bereit, die Jugendlichen zu unterstützen.

Anschließend stellt OBM **Spec** den Antrag zur Abstimmung.

**TOP 1.1.2**

**Kostenloses letztes KITA-Jahr  
- Antrag der LINKEN-Stadträte vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 543/15**

---

**Antragstext:**

In den Haushalt werden ausreichend Mittel eingestellt, um das letzte KITA-Jahr für alle Kinder in Ludwigsburg beitragsfrei zu gestalten. Die Verwaltung beziffert dabei die Kosten, die den Trägern zu erstatten wären bzw. die bei der Stadt an KITA-Gebühren ausbleiben. Sie stellt darüber hinaus dar, in welchem Maße der Gewerbesteuersatz erhöht werden müsste, um die Finanzierung dauerhaft sicherzustellen.

*- abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 5 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Ja 5 Nein 26 Enthaltung 8

Beratungsverlauf:

Bevor Stadtrat **Kube** den Antrag der LINKE-Stadträte auf ein kostenloses letztes KITA-Jahr näher erläutert, informiert Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) darüber, dass dies einen Einnahmeausfall von ca. 1,15 Mio. Euro zur Folge hätte.

Stadtrat **Hermann** erhebt den Einwand, dass bereits andere Kommunen einen entsprechenden Versuch unternommen und wieder aufgegeben hätten und zwar ohne wesentliche Auswirkungen. Da müsse Ludwigsburg jetzt nicht als Vorreiter auftreten.

Die Bildungslandschaft insgesamt habe sich verändert, stellt Stadtrat **Kasdorf** fest. Dabei sei es ein Ziel der Grünen-Politiker, die Bildung kostengünstig zu gestalten. Den Antrag auf ein kostenfreies, letztes KITA-Jahr halte er jedoch für nicht finanzierbar. Seine Fraktion werde diesen Antrag deshalb ablehnen, beziehungsweise sich der Stimme enthalten.

In dieser Frage sei auch seine Fraktion gespalten, so Stadtrat von **Stackelberg**. Es sei im Prinzip ein ehrenwerter Antrag, den es aber auch zu finanzieren gelte. Wenn sich der Vorschlag auch gut anhöre, so Stadtrat **Weiss**, so sei er doch nicht umsetzbar. Schließlich könne nicht mehr ausgegeben werden als eingenommen werde.

Über den Vorschlag sei auch in seinen Reihen bereits nachgedacht worden, räumt Stadtrat **Heer** ein. Allerdings sei man zu dem Schluss gekommen, dass auch dann nicht mehr Kinder in den KITAs seien. Die Eltern seien im Allgemeinen zufrieden mit der Leistung und auch bereit, dafür die Kosten zu tragen.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert daran, einen solchen Antrag ebenfalls bereits gestellt zu haben. Ziel müsse es ihrer Meinung nach sein, die KITAs grundsätzlich kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Zunächst ein Jahr anzubieten, sei aber zumindest ein Einstieg.

Zur Finanzierung schlägt Stadträtin **Dziubas** vor, gleichzeitig die Gewerbesteuer zu erhöhen. Schließlich seien es nicht zuletzt die Gewerbetreibenden, die von dieser Neuerung profitieren würden.

Nach Abschluss der Diskussion ruft OBM **Spec** den Antrag zur Abstimmung auf.

**TOP 1.1.3**

**Keine Erhöhung der KITA-Gebühren  
- Antrag der LINKEN-Stadträte vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 548/15**

---

Beratungsverlauf:

Der Antrag Vorl. Nr. 548/15 wird damit begründet, dass die Kindergartengebühren zumindest nicht erhöht werden dürften, wenn sie schon nicht gänzlich abgeschafft würden.

Dem hält Stadtrat **Herrmann** entgegen, dass mit den Beschlüssen über eine Gebührenerhöhung den Empfehlungen der Landesverbände gefolgt werde. Seine Fraktion werde einen solchen Antrag daher ablehnen.

Würde in diesem Haushaltsjahr eine Erhöhung anstehen, so würde auch er dies ablehnen, so Stadtrat **Kasdorf**.

Da im Haushaltsplan keine Erhöhung der Kindergartengebühren veranschlagt sei, schlägt OBM  
Protokollauszug Gemeinderat 09.12.2015

**Spec** vor, die Diskussion zu diesem Antrag zu gegebener Zeit im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zu führen. Diesem Vorschlag stimmt das Gremium einmütig zu.

**TOP 1.1.4**

**Antrag zum Programm U3-Ausbau städtische  
Kitas  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 497/15**

---

#### **Abweichender Beschluss:**

Von dem pauschal veranschlagten Betrag für bisher nicht näher geplante Maßnahmen in Höhe von 205.000 Euro werden *100.000 Euro mit einem Sperrvermerk* versehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 23 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich angenommen. .

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Ja 23 Nein 15 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) warnt davor, diesen Haushaltsansatz wie von der CDU Fraktion beantragt, pauschal um 100.000 Euro zu kürzen. Das Budget sei notwendig um auf die Änderungen und Entwicklungen im Laufe des Jahres reagieren zu können.

Dem hält Stadtrat **Herrmann** entgegen, dass dies den Festlegungen in der Prioritätenliste widerspreche, da hier bereits entsprechende Mittel für die geplanten Maßnahmen angesetzt seien. Für Unvorhergesehenes müsse der Betrag von 100.000 Euro pro Jahr deshalb ausreichen. Denn dann sei auch sichergestellt, dass bei unterjährigen Entscheidungen eine genaue Bedarfsanalyse durchgeführt werde. Notfalls müssten überplanmäßigen Ausgaben zugestimmt werden. Auf jeden Fall aber plädiere er im Sinne der Haushaltsdisziplin für die Kürzung des Ansatzes um 100.000 Euro.

Herr **Kiedaisch** bedauert, keinen aussagekräftigen Vergleich mit den Vorjahren anführen zu können. Der Haushaltsansatz sei 2015 erstmals aufgenommen und da tatsächlich auch benötigt worden.

Um kurzfristig reagieren zu können seien die Mittel unverzichtbar, betont Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**.

Schließlich wolle man nicht die zeitgemäße Entwicklung im Kindergartenbereich verhindert, erklärt Stadträtin **Liepins**. und spricht sich deshalb für die Beibehaltung des Haushaltsansatzes

aus.

Für Stadtrat **Kube** sei der Antrag der CDU-Fraktion ohnehin nicht nachvollziehbar.

Stadtrat **Weiss** hingegen mahnt, dass die Prioritätenliste schon mehrfach diskutiert worden sei und man auch bereits mehrfach Ausnahmen zugelassen habe. Im Sinne einer ernstzunehmenden Haushaltsdisziplin müsse damit jetzt aber Schluss sein.

Auf seine Frage hin trifft Herr **Kiedaisch** die klare Aussage, dass es sich bei diesen Mittel nicht um einen Sammelposten für die Maßnahmen der Prioritätenliste handle. Vielmehr sollten damit kleinen Maßnahmen im Hinblick auf die Bedarfsplanung gedeckt werden. Ähnlich sei dies auch in den früheren Jahren gewesen. Da seien solche Ausgaben allerdings mit anderen Mitteln gedeckt und nicht explizit im Haushalt ausgewiesen worden.

Im Rahmen der Diskussion schlägt Stadtrat **Heer** für die FDP vor, den Antrag der CDU-Fraktion dahingehend zu modifizieren, den Etat nicht um 100.000 Euro zu kürzen, sondern statt dessen diesen Betrag mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Nach Ende der Aussprache wird zunächst über den ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt, wonach der Etat um 100.000 Euro gekürzt werden solle.

Dieser Antrag wird mit 18 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Sodann lässt OBM **Spec** über den von Stadtrat Heer modifizierten Antrag abstimmen.

**TOP 1.1.5**

**Antrag zur Sanierung des Kunstrasenplatzes  
des HC Ludwigsburg  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 524/15**

---

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den zweiten Kunstrasenplatz des HC Ludwigsburg bis zum September 2016 fertig zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Ja 31 Nein 1 Enthaltung 7

Beratungsverlauf:

Der nächste zur Beratung anstehende Antrag komme von der FW-Fraktion und sei darauf ausgerichtet, den Kunstrasenplatz des HC Ludwigsburg nicht wie geplant in 2017 sondern bereits in 2016 zu sanieren, erläutert Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen).

Stadtrat **Rothacker** macht deutlich, dass dies genau genommen nicht einem Vorziehen der Maßnahme gleich komme, sondern lediglich ausgleiche, dass sie immer wieder nach hinten verschoben worden sei. Der Kunstrasen sei wichtig für die anstehenden Veranstaltungen und die letzte Sanierung sei bereits 1999 durchgeführt worden. Es bestehe deshalb dringender Handlungsbedarf.

Diesem Antrag könne seine Fraktion zustimmen, erklärt Stadtrat **Herrmann**. Allerdings hätte dies zur Folge, dass in 2017 keine Sanierungsmaßnahmen mehr anstünden und in 2016 dafür gleich drei. Er frage sich deshalb, ob dies in einem Jahr zu bewältigen sei.

Dies bejaht Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen). Allerdings mit dem Hinweis, dass selbstverständlich nicht alle Maßnahmen in den Sommerferien abgewickelt werden könnten.

Herr **Dahler** (FB Sport) ergänzt hierzu, dass die Plätze entsprechend der tatsächlichen Dringlichkeit saniert würden. Er hegt jedoch Zweifel daran, dass es richtig sei, alle drei sanierungsbedürftigen Plätze in einem Jahr zu richten.

Es schließt sich eine Diskussion über die vermeintlich richtige Reihenfolge der Sanierung an, wobei OBM **Spec** mit dem Vorschlag schließt, sich davon jeweils ein Bild vor Ort zu machen. Anschließend ruft er den Antrag zur Beschlussfassung auf.

**TOP 1.1.6**

**Antrag zur Sanierung Bolzplatz Friedensschule  
Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 498/15**

---

**Beschluss:**

Die Sanierung des Bolzplatzes wird bis zur Entscheidung über den Schulentwicklungsplan mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Ja 31 Nein 1 Enthaltung 7

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion, wonach bis zur Entscheidung über den Schulentwicklungsplan mit der Sanierung des Bolzplatzes gewartet werden soll und deshalb hierfür ein Sperrvermerk beantragt werde.

Stadtrat **Hermann** begründet den Antrag seiner Fraktion und macht dabei deutlich, dass es nicht darum gehe, die Sanierung zu verhindern, sondern dass lediglich die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes abgewartet werden solle.

Nach Ansicht von Stadtrat von **Stackelberg** ist dieser Antrag nachvollziehbar. Er könne sich eine Diskussion darüber im Rahmen der BSS-Klausur vorstellen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** wäht in dem Antrag der CDU-Fraktion vielmehr einen Vorgriff auf die dortige Schulschließung.

**TOP 1.1.7**

**Mehrzweckhalle Oßweil - Vorziehen der  
Planungsrate für 2017 auf 2016  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2015**

**Vorl.Nr. 522/15**

---

**Beschluss:**

Für die Mehrzweckhalle Oßweil wird eine Planungsrate von 125 000 Euro eingestellt. Die für 2017 vorgesehene Planungsrate wird auf 2016 vorgezogen. Die Verwaltung legt dem Gemeinderat Anfang des Jahres 2016 einen Zeitplan zur Realisierung vor.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)  
Stadtrat Hermann

Ja 16 Nein 12 Enthaltung 10

Beratungsverlauf:

Zum Antrag Vorl. Nr. 522/15 weist Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) eingangs darauf hin, dass die Veranschlagung der vom Gemeinderat beschlossenen Prioritätenliste entspreche.

Stadträtin **Liepins** begründet den Antrag ihrer Fraktion damit, dass trotz der vielen Diskussionen um die Priorisierungen und der Aufstellung immer neuer Listen tatsächlich nichts passiere. In Poppenweiler und der Oststadt fehle es aber ganz dringend an entsprechenden Einrichtungen.

Bevor OBM **Spec** die Aussprache eröffnet, erinnert er daran, dass die neuerliche Verzögerung

nicht zuletzt durch die Diskussionen im Gemeinderat über Sanierung oder Neubau in Verbindung mit der Oststadthalle verursacht wurden.

Stadtrat **Hermann** verweist wiederum auf die beschlossene Prioritätenliste, die seiner Meinung nach Schritt für Schritt abgearbeitet werden müsse. Mittel für die Maßnahmen müssten dann eingestellt werden, wenn sie anfallen. Nicht aber schon vorsorglich. Ob deshalb nun Mittel für die Mehrzweckhalle in Oßweil einzustellen seien, hänge von der Frage ab, wann dort mit der Maßnahme begonnen werden könne.

Die Verwaltung sei doch bereits dabei, die Umsetzung der priorisierten Maßnahmen zu planen, so Stadtrat **Gericke**. Er spreche sich deshalb dafür aus, sich auch an diese vorgegebene Reihenfolge zu halten.

Stadtrat **Weiss** stellt richtig, dass seine Fraktion nicht gegen die Sporthalle sei. Allerdings seien noch zu viele Fragen offen. Diese gelte es zunächst zu klären um dann vernünftiger Weise eine Planungsrate einstellen zu können.

Stadtrat **Eisele** hält dem Gremium den derzeitigen baulichen Zustand der Halle in Oßweil vor Augen und macht deutlich, dass dort dringender Handlungsbedarf bestehe.

Dem stimmt Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) grundsätzlich zu. Allerdings räumt er auch ein, dass zunächst die Brandschutzmaßnahmen in der Halle der August-Lämmle-Schule umzusetzen seien.

Abschließend stelle OBM **Spec** den Antrag zur Abstimmung.

---

<b>TOP 1.1.8</b>	<b>Antrag zum Vermessungswesen - Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 499/15</b>
------------------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Der Bericht über die Vergabe von Vermessungsleistungen wird in die Haushaltsstrukturkommission im 1. Quartal 2016 verwiesen.

---

<b>TOP 1.1.9</b>	<b>Transparenz im Fachbereich Hochbau- und Gebäudewirtschaft - Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 506/15</b>
------------------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Der Bericht über die Tätigkeiten des Fachbereichs Hochbau – und Gebäudewirtschaft erfolgt in der Haushaltsstrukturkommission im 1. Quartal 2016.

---

<b>TOP 1.1.10</b>	<b>Reduzierung von Standards - Antrag der FW-Fraktion vom 25.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 526/15</b>
-------------------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Rothacker** verstärkt den Antrag seiner Fraktion mit der Forderung, sich in diesem Bereich ganz neu aufzustellen und zwar möglichst zeitnah.

OBM **Spec** unterstreicht die Bedeutung dieses Themas. Bei dem Bemühen darum, zukunftsfähige Standards zu bezahlbaren Preisen festzumachen, stoße man schnell an Grenzen. Eine Überlegung sei es deshalb, mit der Bauwirtschaft in den Dialog zu gehen und gemeinsam modulare Systeme mit hoher Qualität zu entwickeln.

Die rechtsgültigen Bauvorschriften als Standard festzulegen schlägt Stadtrat **Noz** vor. Hierzu könne es dann unter Umständen alternative Ausschreibungen geben.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach Standards erwähnt Stadtrat **Gericke** den Gestaltungsbeirat lobend. Die gute Arbeit dieses Gremiums beweise, dass ein Standardbau nicht immer möglich sei. Eine modulare Bauweise komme deshalb für ihn nur in Frage, wo sie auch passe.

Nach den Wortmeldungen von Stadtrat **Lettrari** und Stadtrat **Weiss**, die sich ebenfalls für eine baldige Diskussion zu diesem Thema aussprechen, wird der Antrag mit Zustimmung des Gremiums zur Beratung in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im 1. Quartal 2016 verwiesen.

**TOP 1.1.11**

**Investitionen und Sonderprojekte - "Ranking"  
- Antrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2015**

**Vorl.Nr. 541/15**

---

**Antragstext:**

Die Verwaltung legt eine weitere Vorschlagsliste an Investitionen von im Haushaltsplan aufgeführten Sondermaßnahmen/Projekten zur Priorisierung und Entscheidung vor.

*- abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Ja 10 Nein 22 Enthaltung 7

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) spricht den Antrag Vorl. Nr. 541/15 an, der eine zusätzliche  
Protokollauszug Gemeinderat 09.12.2015

Prioritätenliste, vornehmlich für Tiefbauprojekte, zum Gegenstand habe. Bislang habe eine Priorisierung dieser Maßnahmen jedoch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen mit der Festlegung des Investitionsprogramms in Abstimmung mit dem Arbeitsprogramm des Fachbereichs stattgefunden. Eine zusätzliche Prioritätenliste erscheine deshalb entbehrlich.

In seiner Begründung zum Antrag regt Stadtrat **Heer** zusätzlich eine Beratung über die zeitliche Planung dieser Maßnahmen an. Durch die damit gesetzten Zielvorgaben des Gemeinderates könne eine gewisse Ordnung und Nachvollziehbarkeit geschaffen werden.

Dieser Antrag wird von Stadtrat **Gericke** unterstützt, der darin eine gute Möglichkeit sieht zu entscheiden, was von der Verwaltung vorrangig angegangen werden solle.

OBM **Spec** weist nochmals darauf hin, dass diese Priorisierung bereits durch den Beschluss des Haushaltsplanes vorgegeben werde. Anders verhalte es sich freilich im Bereich des Hochbaus, wo die zusätzliche Festlegung einer Reihenfolge sinnvoll sei. Im Tiefbau änderten sich die Rahmenbedingungen jedoch permanent. Da ließe eine Prioritätenliste keinerlei Reaktionsmöglichkeiten mehr zu.

Dies bestätigen BM **Ilk** und auch Stadträtin **Liepins**, die in einer Festlegung ebenfalls die Schwierigkeit sehe, dass es oftmals die Sachzwänge wären, die die Reihenfolge vorgäben.

Dem hält Stadträtin Dr. **Knoß** entgegen, dass es auch im Hochbau Zwänge geben könne, die ein schnelles Handeln erforderten und trotzdem habe man hier eine Prioritätenliste beschlossen.

Während nach Ansicht von Stadtrat **Weiss** dieser Antrag gar nicht im Rahmen der Haushaltsplanung beraten werden sollte, könne Stadtrat **Noz** den Antragstellern zumindest im Grundsatz Recht geben. Trotzdem halte er die formelle Beratung und Beschlussfassung einer Prioritätenliste als zu weit gegriffen.

Sodann stellt OBM **Spec** den Antrag zur Abstimmung.

**TOP 1.1.12**

**Zukunft gestalten  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22.11.2015**

**Vorl.Nr. 509/15**

---

**Antragstext:**

Ziffer 1:

Mobilität: Zur Stärkung der Alternativen zum Autoverkehr wird der Etatansatz für den Radwegebau auf 1 Mio. Euro erhöht.

*- abgelehnt*

Die weiteren Ziffern des Antrags werden separat beraten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Ja 13 Nein 23 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

In der Beratung folge laut Herrn **Kiedaisch** (FB Finanzen) der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorl. Nr. 509/15, der unter Ziffer 1 die Erhöhung des Ansatzes für den Radwegebau um 100.000 Euro auf 1 Mio. Euro vorsehe.

Stadtrat **Gericke** begründet den Antrag für seine Fraktion, die über den fehlenden Umsetzungsbeschluss für das Radroutenkonzept sehr enttäuscht sei. Trotzdem wolle man im Sinne einer nachhaltigen Mobilität am Ziel der Umsetzung festhalten und dafür auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Gleichzeitig stünde der Antrag auch im Zusammenhang mit dem der SPD-Fraktion auf den Bau von Fahrradstraßen, der von seiner Fraktion unterstützt werde.

Zum Umsetzungsbeschluss des Radroutenkonzepts macht Stadtrat Thomas **Lutz** darauf aufmerksam, dass im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nicht die Umsetzung des Radroutenkonzepts generell abgelehnt worden sei. Vielmehr sei eine geänderte Planung gewünscht worden. Eine Kürzung des ursprünglichen Ansatzes müsse deshalb aber nicht vorgenommen werden. Einer Erhöhung, wie von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, könne seine Fraktion jedoch nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. **O'Sullivan** freue sich, dass es demnach doch Hoffnung auf Umsetzung gebe, wengleich die Aussicht auf Fördergelder vertan worden sei. Ein Haushaltsansatz von 1 Mio. Euro sei jedoch angesichts der noch nicht zur Realisierung anstehenden Projekte sehr hoch, selbst dann, wenn die in diesem Zusammenhang von der SPD-Fraktion gestellten Anträge ebenfalls darüber finanziert würden.

Seine Fraktion, so betont Stadtrat **Rothacker**, habe sich im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt deshalb gegen die Planung ausgesprochen, weil sie so nicht funktioniere. Stattdessen brauche es einfacherer Radwege, die dann auch umsetzbar sind. Seine Fraktion werde deshalb dem Vorschlag der Verwaltung und damit der Kürzung des Haushaltsansatzes zustimmen.

Natürlich müsse die Radroutenkonzeption angegangen werden, meint auch Stadtrat **Heer**. Da es bis zur Umsetzung aber noch dauern werde, könnten die FDP-Stadträte dem Planansatz in Höhe von 1 Mio. Euro nicht zustimmen.

OBM **Spec** informiert darüber, dass aus dem Haushaltsjahr 2015 noch Mittel zur Verfügung stünden. Er warne deshalb davor, den Haushalt aufzublähen. Auch bei einer wie von der Verwaltung vorgesehenen Kürzung bliebe noch genug Spielraum.

Das Gremium spricht sich mehrheitlich gegen den Antrag aus, den Etat für den Radwegebau zu erhöhen. Gleichzeitig besteht aber Konsens darüber, dass im Gegenzug die Mittel auch nicht gekürzt werden sollen.

**Beschluss:**

Wir beantragen einen Haushaltsansatz „Bau von Fahrradstraßen“ mit € 100.000,00 in den Haushalt einzusetzen

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 19-Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Ja 20 Nein 19 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Die Anträge 511/15, 515/15 und 521/15 werden im Sachzusammenhang beraten.

Stellvertretend für seine Fraktion begründet Stadtrat Dr. **O`Sullivan** die Anträge. Es handle sich dabei um kleinere Maßnahmen, die kurzfristig umgesetzt werden könnten, um beim Thema Radroutenkonzept wenigstens ein bisschen voran zu kommen. Das neue Konzept des „Shared Space“ halte er auch in Ludwigsburg für denkbar.

OBM **Spec** macht darauf aufmerksam, dass es nicht an den dafür notwendigen Mitteln sondern vielmehr an den entsprechenden Gremienbeschlüssen mangle, um dieses Thema anzugehen.

Stadtrat **Gericke** spricht sich für seine Fraktion ebenfalls für die Einrichtung von Fahrradstraße und Radfahrstreifen aus. Diese Punkte müssten schnellstmöglich im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt behandelt werden. Er bedaure, dass die Hoffnung auf eine zeitnahe Umsetzung des Radroutenkonzeptes jedes Jahr aufs Neue zerstört werde.

Sowohl die Fahrradstraße als auch der Radfahrstreifen könnten nach Ansicht von Stadtrat **Hermann** mit den vorhandenen Mitteln umsetzen. Der Aufstockung des Feldwege-Etas können unter der Voraussetzung zugestimmt werden, dass Feldwege trotzdem Feldwege blieben und nicht in Radwege umgewidmet würden.

Stadtrat **Heer** begrüßt die überörtliche Verknüpfung der Radwege. Er könne deshalb der Aufstockung des Feldwegeprogramms ebenfalls zustimmen. Der Antrag auf Einrichtung von Fahrradstraßen müsste jedoch zunächst im Detail beraten werden.

Im Anschluss ruft OBM **Spec** die Anträge zur Abstimmung auf.

Beratungsverlauf:

Die Anträge 511/15, 515/15 und 521/15 werden im Sachzusammenhang beraten.

Laut OBM **Spec** stünden die finanziellen Mittel für die Umsetzung des Antrages zur Verfügung. Die Beratung wird deshalb in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

Zum weiteren Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.13.

**TOP 1.1.15**

**Instandsetzung Radwegrouten auf Feldwegen  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.11.2015**

**Vorl.Nr. 521/15**

---

**Beschluss:**

Wir beantragen, den Haushaltsansatz für das Feldwegeprogramm für 2016 um 20.000,00 Euro zu erhöhen

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Die Anträge 511/15, 515/15 und 521/15 werden im Sachzusammenhang beraten.

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.13.

**TOP 1.1.16**

**Lärmaktionsplan - Tempo 30  
- Antrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2015**

**Vorl.Nr. 534/15**

---

Beratungsverlauf:

Zur Begründung des Antrags verweist Stadtrat **Heer** auf die Vorl. Nr. 534/15.

Seine Fraktion sei generell für Tempo 50 auf den Hauptverkehrsstraßen und lehne den Antrag daher ab, so Stadtrat **Hermann**.

Stadtrat **Gericke** hält eine Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt für den richtigen Weg.

Der Antrag wird zur Beratung in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

**TOP 1.1.17**

**Ausgaben reduzieren  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22.11.2015**

**Vorl.Nr. 559/15**

---

Beratungsverlauf:

Stadtrat Dr. **Vierling** verweist auf die Ergänzung des Antrags „Ausgaben reduzieren“, die als Vorl. Nr. 559/15 vorliege und die die Zurückstellung der Treppenlage Bogenstraße / Oberer Reithausstraße zum Gegenstand habe. Nach eigener in Augenscheinnahme sei die Anlage nicht sanierungsbedürftig. Der Haushaltsansatz könne deshalb eingespart werden.

Dem hält Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) entgegen, dass die statische Untersuchung der Treppenanlage zu einem anderen Ergebnis geführt habe.

Das Gremium kommt letztendlich überein, die im Haushaltsplan veranschlagte Instandsetzungsmaßnahme der Treppenanlage in der Bogenstraße zur Beratung in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu verweisen.

**TOP 1.1.18**

**Aldinger-Danziger-Kreuzung – finanzielle  
Belastung nicht erhöhen  
- Antrag der Stadträte Deetz, Dziubas,  
Faulhaber, Habertzeth-Grau, Kube, von  
Stackelberg und Dr. Vierling vom 27.11.2015**

**Vorl.Nr. 556/15**

---

**Beschluss:**

Die Maßnahme „Kreisverkehr Aldinger-/ Danziger Straße“ wird in „Aldinger-/ Danziger Kreuzung“ umbenannt. Die „Gesamtbelastung der Maßnahme“, Zeile 17, wird entsprechend der Entscheidungsgrundlage der BTU-Sitzung vom 22. Oktober 2015 auf 362.500 Euro in den Jahren 2015 bis 2018 begrenzt. Die Verwaltung arbeitet Maßnahmen aus, die innerhalb dieses finanziellen Rahmens die Verkehrssicherheit an der Kreuzung erhöhen (Seite im Haushaltsplan: S. 347 unten).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Ja 9 Nein 26 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** macht eingangs deutlich, dass dieser Antrag der aktuellen Beschlusslage widerspreche. Da die Frist für die Wiederaufnahme der Beratung nach der Beschlussfassung im Oktober noch nicht verstrichen sei, gebe es hier auch rechtliche Grenzen.

Stadtrat Dr. **Vierling** bekräftigt dennoch die Forderung, die Gesamtbelastung der Maßnahme auf die im Antrag genannten 362.500 Euro festzuschreiben. Dazu erinnert er an eine Aussage im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt, wonach ein Kreisverkehr nur unwesentlich teurer sei. Ursprünglich aber sei man von Gesamtkosten in Höhe von 725.000 Euro ausgegangen, wohingegen aktuell von 1,1 Mio. Euro gesprochen werde.

Nach Ansicht von Stadträtin **Burkhardt** könne über den Antrag durchaus beraten werden. Schließlich hätten sich durch die erhöhten Kosten neue Tatsachen ergeben.

Der Beschluss im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt sei ausgewogen gewesen, weshalb die Maßnahme nach Ansicht von Stadtrat **Rothacker** nicht erneut aufgerollt werden sollte.

Der Antrag sei vor allem darauf ausgerichtet, die Kosten der Maßnahme unter Kontrolle zu halten, erklärt Stadtrat **Noz**. Er werde deshalb zustimmen, zumal er nach wie vor gegen eine Kreisellösung sei.

Mit dem Antrag werde laut Stadträtin **Liepins** auch das Ziel verfolgt, statt des Kreisels eine Alternativplanung zu ermöglichen.

Stadtrat von **Stackelberg** besteht ebenfalls darauf, dass die Kosten nicht vollumfänglich genannt worden seien. Ein Nachfragen sei deshalb nur legitim.

Dem Argument der gestiegenen Kosten widersprechen BM **Ilk** unterstützt von Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen). Die Verwaltung habe die Kosten in vollem Umfang genannt. Was jetzt im Haushalt veranschlagt sei, umfasse aber zusätzlich auch die Planung und die Ingenieurkosten. Außerdem sei beim Ausgabenansatz die Förderung noch nicht berücksichtigt, da diese zwar beantragt, noch nicht aber bewilligt sei.

OBM **Spec** schlägt aufgrund der Diskussion vor, mit der Vergabe abzuwarten, bis der Zuschuss bewilligt sei. Einstweilen sollen die beantragten GVfG-Mittel als Einnahme aufgenommen werden.

**TOP 1.1.19**

**Nachpflanzung gefälltter Bäume und Begrünung  
von Lichtmasten in der Frankfurter Straße in  
Eglosheim  
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom  
25.11.2015**

**Vorl.Nr. 554/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge 554/15, 523/ und 539/15 werden im Sachzusammenhang beraten.

OBM **Spec** informiert darüber, dass die Nachpflanzung der Bäume innerhalb der vorhandenen Budgetmittel möglich sei. Darauf hin wird der Antrag 554/15 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

---

<b>TOP 1.1.20</b>	<b>Lärmoptimierter Asphalt für die Frankfurter Straße - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 523/15</b>
-------------------	--	------------------------

---

Beratungsverlauf:

Die Aufbringung des Lärmoptimierten Asphalts in der Frankfurter Straße sei für das Haushaltsjahr 2017 vorgesehen, informiert Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen). Sie begründet, warum eine frühere Umsetzung nicht möglich sei.

Stadträtin **Liepins** erklärt im Namen ihrer Fraktion, dass der Antrag mit den Erläuterungen der Verwaltung erledigt sei.

---

<b>TOP 1.1.21</b>	<b>Lärmaktionsplan - Frankfurter Straße - Antrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 539/15</b>
-------------------	---	------------------------

---

Beratungsverlauf:

Im Namen der FDP-Stadträte erklärt Stadtrat **Heer** sich einverstanden damit, in den Fachausschüssen zunächst eine Gesamtkonzeption zur Lärmreduzierung zu erarbeiten.

Der Antrag wird dazu in den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

---

<b>TOP 1.1.22</b>	<b>Einnahmen verbessern - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 508/15</b>
-------------------	--	------------------------

---

Beratungsverlauf:

Die Beratung der Ziffer 3 des Antrags Vorl. Nr. 508/15 wird in die Haushaltsstruktur verwiesen.

Die übrigen Ziffern des Antrags werden separat beraten.

---

<b>TOP 1.1.23</b>	<b>Fortsetzung der Alleensanierung an der Marbacher, Schorndorfer und Leonberger Straße - Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 25.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 551/15</b>
-------------------	---	------------------------

---

---

Beratungsverlauf:

Die Beratung des Antrags auf Fortführung der Alleensanierung wird mit Zustimmung des Gremiums an den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt verwiesen.

---

<b>TOP 1.1.24</b>	<b>Zukunft gestalten - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 509/15</b>
-------------------	---	------------------------

---

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** bestätigt, dass Mittel für den Einstieg in die Umsetzung des Freiflächenentwicklungskonzeptes im Haushaltsplan 2016 eingeplant seien. Die inhaltliche Beratung konkreter Maßnahmen erfolge im Frühjahr 2016 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

Mit der Erklärung der Verwaltung gilt die Ziffer 5 des Antrags Vorl. Nr. 509/15 als erledigt.

---

<b>TOP 1.1.25</b>	<b>Antrag zu den Kosten für die Pflege der Biotope - Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 500/15</b>
-------------------	---	------------------------

---

Beratungsverlauf:

Das Gremium kommt überein, den Antrag Vorl. Nr. 500/15 im 2. Quartal 2016 in der Haushaltsstrukturkommission zu beraten.

---

<b>TOP 1.1.26</b>	<b>Antrag zur wirtschaftlichen Betätigung der Technischen Dienste Ludwigsburg - Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 501/15</b>
-------------------	--	------------------------

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge 501/15, 525/15 und 502/15 werden im Sachzusammenhang beraten.

Zur Begründung des Antrags der CDU-Fraktion weist Stadtrat **Noz** darauf hin, dass die Technischen Dienste als Eigenbetrieb am Markt teilnehmen sollten. Um die Dienstleistungen bewerten zu können, müssten Marktbedingungen erzeugt werden. In diesem Zusammenhang vermisste er außerdem eine Untersuchung zum betriebswirtschaftlichen Nutzen der Fahrzeuge.

Dem hält Herr **Schroff** (FB Technische Dienste) entgegen, dass die Konkurrenzfähigkeit der TDL jährlich überprüft werde. Er begründet den hohen Finanzbedarf bei der Unterhaltung und macht darauf aufmerksam, dass für die Fahrzeugbeschaffung immer zunächst die Freigabe durch den

Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolge. Schon deshalb sei auch der von der FW-Fraktion beantragte Sperrvermerk nicht zielführend.

Mit dem Sperrvermerk solle nach Aussage von Stadtrat **Rothacker** erreicht werden, dass die Anschaffungskosten nicht jedes Jahr erhöht würden.

Stadtrat Dr. **O'Sullivan** spricht sich dafür aus, die Haushaltsansätze im Bereich der TDL zu belassen. Eine Kürzung halte er angesichts der Leistungen, die dort erbracht würden, für unangebracht.

Die Anschaffung neuer Fahrzeuge berge gleichzeitig auch die Chance, auf mehr Umweltverträglichkeit zu achten, stellt Stadtrat **Gericke** heraus.

Für OBM **Spec** sei es auch denkbar, den Haushaltsansatz zu belassen und davon 100.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dieser Betrag könne dann unter Umständen auch ganz entfallen, wenn er nicht gebraucht würde.

Zum Abschluss der Diskussion kündigt Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) an, dass in die Diskussion um die wirtschaftliche Betätigung der Technischen Dienste Ludwigsburg (TDL) im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit im 1. Quartal 2016 eingestiegen werde.

**TOP 1.1.27**

**Antrag Sperrvermerk zu  
Fahrzeugbeschaffungen  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 525/15**

---

Abweichender Beschluss:

*Auf der Basis eines Haushaltsansatzes in Höhe von 650.000 Euro für die Fahrzeugbeschaffung im Teilhaushalt 68 werden 100.000 Euro mit einem Sperrvermerk versehen.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 22 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)

Ja 22 Nein 17 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.26.

---

**TOP 1.1.28**

**Sperrvermerk Fahrzeugbeschaffungen**

**Vorl.Nr. 502/15**

## - Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2015

---

Beratungsverlauf:

Die Beratung und Beschlussfassung hierzu erfolgt im Sachzusammenhang mit den Anträgen Vorl. Nr. 501/15 und 525/15. Siehe hierzu Beschluss, Abstimmungsergebnis und Beratungsverlauf unter Tagesordnungspunkt 1.1.27.

---

<b>TOP 1.1.29</b>	<b>Bäderkonzeption - Einrichtung einer Kommission - Antrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 540/15</b>
-------------------	---	------------------------

---

Beratungsverlauf:

Die Beratung über die Besetzung der Kommission zur Interkommunalen Zusammenarbeit kündigt OBM **Spec** für eine der nächsten Sitzungen des Gemeinderates an.

---

<b>TOP 1.1.30</b>	<b>Bericht zur möglichen Einführung einer 4. Reinigungsstufe in den Ludwigsburger Kläranlagen - Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 25.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 555/15</b>
-------------------	---	------------------------

---

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** anerkennt die Bedeutung einer 4. Reinigungsstufe in den Kläranlagen. Zuständigkeitshalber wird die Thematik deshalb an den Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg verwiesen.

---

<b>TOP 1.1.31</b>	<b>Dividende SWLB - Antrag der FW-Fraktion vom 25.11.2015</b>	<b>Vorl.Nr. 528/15</b>
-------------------	---	------------------------

---

Beschluss:

Auf Erträge der Dividenden von jährlich 500.000 Euro durch die SWLB wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner  
Stadtrat Haller  
Stadträtin Dr. Knoß  
Stadträtin Seyfang  
Stadträtin Wiedmann

Ja 16 Nein 12 Enthaltung 8

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) zitiert aus dem Antrag der FW-Fraktion, wonach im Hinblick auf zu erwartenden Steuerbelastung auf die Gewinnausschüttung der Stadtwerke (SWLB) verzichtet werden solle. Herr Kiedaisch macht aber darauf aufmerksam, dass die Gewinnabführung im Vergleich zu den Vorjahren bereits reduziert worden sei. Dies sei eine Entscheidung, die von Jahr zu Jahr mit Blick auf die Investitionen neu zu treffen sei. Gleichzeitig rate er aber auch davon ab, eine wie von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragte erhöhte Gewinnausschüttung vorzunehmen. Statt dessen schlage er vor, den Ansatz wie geplant zu belassen und zunächst den Jahresabschluss 2015 abzuwarten um das Thema dann im Frühjahr 2016 zu behandeln.

Stadtrat **Weiss** erläutert die Gründe des Antrags und die von ihm favorisierte Herangehensweise. Er bedaure, dass die Verwaltung seiner Meinung nach nicht wirtschaftliche denke und handle.

Wenn eine Reduzierung der Steuerbelastung auch mit der von Herrn Kiedaisch aufgezeigten Lösungen möglich sei, so erkläre sich Stadtrat **Hermann** im Namen seiner Fraktion damit einverstanden.

Stadtrat **Gericke** hakt nach, ob damit dann aber nicht die Gas- und Stromkunden das Defizit der Parkierungsanlagen mitbezahlen würden.

Dem widerspricht OBM **Spec** und erläutert, wie durch die Nutzung des steuerlichen Querverbundes eine Steuerersparnis erreicht werden könne.

Stadträtin **Liepins** könne sich der Argumentation von Stadtrat Weiss durchaus anschließen und überlege darum, tatsächlich die Dividende bei der SWLB zu belassen um damit die dort anstehenden Aufgaben bewältigen zu können.

Im Anschluss an den Austausch zwischen Gremium und Verwaltung über die richtige Vorgehensweise zur Vermeidung erhöhter Steuerbelastungen lässt OBM **Spec** über den Antrag abstimmen.

**TOP 1.1.32**

**Einnahmen verbessern  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22.11.2015**

**Vorl.Nr. 508/15**

---

Beratungsverlauf:

Mit der Zustimmung zum Antrag Vorl. Nr. 528/15 der Fraktion der Freien Wähler hat sich der nicht haushaltsrelevante Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überholt.

---

Protokollauszug Gemeinderat 09.12.2015

Auf eine Abstimmung wird daher verzichtet.

**TOP 1.1.33**

**Erhöhung der Gewerbesteuer  
- Antrag der LINKEN-Stadträte vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 546/15**

---

**Antragstext:**

Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 375 auf mindestens 385 Hebesatzpunkte.

*- abgelehnt*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 2 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)  
Stadtrat Juranek (privat verhindert)

Ja 2 Nein 28 Enthaltung 8

Beratungsverlauf:

Nach Auffassung von Stadtrat **Kube** ist der Antrag gerechtfertigt. Besonders im Hinblick auf die Entscheidung, auf die Gewinnausschüttung der SWLB zu verzichten.

Der Ausgleich des Haushaltes müsse laut Stadtrat Dr. **Vierling** dadurch erreicht werden, dass allgemein die Ausgaben reduziert und die Einnahmen erhöht würden.

Hierzu seien auch von Seiten der CDU-Fraktion bereits Vorschläge gemacht worden, wirft Stadtrat **Hermann** ein.

Anschließend ruft OBM **Spec** den Antrag zur Abstimmung auf.

**TOP 1.1.34**

**Ausgaben reduzieren  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22.11.2015**

**Vorl.Nr. 507/15**

---

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) rät dazu, die Maßnahmen zur Globalen Minderaufwendung zu  
Protokollauszug Gemeinderat 09.12.2015

---

konkretisieren.

Der Ergebnishaushalt sei auszugleichen, betont Stadtrat **Gericke**. Deshalb werde der Antrag in dieser Form und in dem Rahmen wie notwendig gestellt. Er kündigt an, dass seine Fraktion die Zustimmung zum Haushaltsplan davon abhängig mache, ob entsprechende Maßnahmen gefunden werden könnten.

Die Globale Minderaufwendung käme zumindest teilweise einer Entmachtung des Gemeinderates gleich, warnt Stadtrat **Hermann**, der eine jeweilige Mehrheitsentscheidung dem deutlich vorziehe.

Dem schließt sich eine Diskussion über Einsparpotentiale, Möglichkeiten der Einnahmenerhöhung und über die Hauptursachen des Liquiditätsabflusses an.

Im Namen seiner Fraktion erklärt Stadtrat **Gericke**, dass über diesen Antrag Vorl. Nr. 507/15, Ziffer 5, erst beraten werden solle, wenn nach Abschluss der Haushaltsberatungen klar sei, wie hoch der Betrag der Globalen Minderaufwendung sein müsse, um den Haushalt auszugleichen.

Die Entscheidung über den Antrag wird darauf hin vertagt.

**TOP 1.1.35**

**Kreditermächtigung und Kreditaufnahme  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 531/15**

---

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert die geplanten Kreditaufnahmen im Zusammenhang mit den zu bewältigenden Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und der damit verbundenen Förderung des Bundes.

Mit den Erläuterungen der Verwaltung erklärt Stadtrat **Weiss** den Antrag im Namen seiner Fraktion für erledigt.

**TOP 1.1.36**

**Ausgaben reduzieren  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22.11.2015**

**Vorl.Nr. 507/15**

---

Beratungsverlauf:

Zur Ziffer 3 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 507/15, verweist Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) auf die gestrige Beratung des Gemeinderates. Eine erneute Beratung sei damit hinfällig.

Zum Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 2.1.5 zur Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2015.

---

Protokollauszug Gemeinderat 09.12.2015

**TOP 1.1.37**

**Einnahmen verbessern  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22.11.2015**

**Vorl.Nr. 508/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Beratung der Ziffer 1 des Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 508/15 wird in die Haushaltsstrukturkommission verwiesen.

Die weiteren Ziffern des Antrags werden separat beraten.

**TOP 1.1.38**

**Kein Abriss von Bestandsgebäuden in den  
nächsten zwei Jahren  
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom  
25.11.2015**

**Vorl.Nr. 552/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Beratung des Antrags, Vorl. Nr. 552/15, wird im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen.

**TOP 1.1.39**

**Reduzierung der Personalkosten  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 505/15**

---

**Beschluss:**

Der Haushaltsansatz für Personalkosten in Höhe von 74.457.700 Euro wird um 500.000 Euro auf 73.957.700 Euro reduziert. Die Reduktion wird auf einer Sammelposition beim FB Personal und Organisation aufgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat im 1. Quartal 2016 vorzuschlagen, mit welcher Reduzierung von Planstellen im Stellenplan bzw. Nichtbesetzung von Stellen der Betrag von 500.000 Euro erbracht werden kann. Zur Streichung identifizierte Planstellen werden dann zum Haushaltsjahr 2017 bei der Stellenentwicklungsplanung abgezogen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 23 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)

---

Stadtrat Haller (krank)  
Stadtrat Juranek (privat verhindert)  
Stadtrat von Stackelberg

Ja 23 Nein 12 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15, 533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Stadtrat von **Stackelberg** bemängelt, dass dieser wichtige Punkt erst zu einem solch späten Zeitpunkt zur Beratung aufgerufen werde. Er stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Sitzungsende. Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

In die Diskussion einsteigend macht OBM **Spec** deutlich, dass eine pauschale Kürzung des Personalhaushaltes um 500.000 Euro sinnvoll nicht möglich sei.

Stadtrat Dr. **Vierling** bemängelt, dass die Personalausgaben ständig, erheblich anstiegen. Dies sei seiner Ansicht nach auch der Grund für den defizitären Haushalt. Er macht aber auch deutlich, dass seine Fraktion keine Stellen streichen wolle sondern lediglich eine Mehrung nicht unbedingt gebrauchter Stellen verhindern wolle. Eine Stellenmehrung im Bereich der Flüchtlingsarbeit sei damit automatisch ausgeschlossen.

Es solle nicht im Bestand gestrichen werden, betont auch Stadträtin **Liepins**. Vielmehr gehe es um die Neuschaffung von Stellen. Hier müsse gemeinsam eine Lösung gefunden werden.

Aus diesem Grunde sei der Begriff Personaleinsparung eigentlich auch nicht richtig, wirft Stadtrat **Weiss** ein. Besser sei es, von Aufgabenkritik zu sprechen. Hierzu erhoffe man sich Vorschläge der Verwaltung mit dem Ziel, 500.000 Euro einsparen zu können.

Wie auch bereits Stadtrat **Hermann** erinnert nun Stadtrat **Heer** daran, dass im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen konkrete Vorschläge zur Einsparung von Stellen gemacht worden seien. Trotzdem wachse der Stellenentwicklungsplan ständig an. Einsparungen seien nun aber nicht länger zu vermeiden.

Stadträtin **Dziubas** warnt davor, Personalkosteneinsparungen auf dem Rücken des vorhandenen Personals auszutragen. Außerdem macht sie darauf aufmerksam, dass der Stellenplan unter anderem deshalb angewachsen sei, weil er nun Stellen enthalte, die entfristet wurden, tatsächlich aber auch vorher schon vorhanden gewesen seien.

Stadtrat **Kube** stellt den Antrag, den Vorsitzenden des Personalrates zu einer Stellungnahme hierzu zu bitten. Diesem Antrag wird mit 20 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen stattgegeben und Herr **Reichert** zu einer Stellungnahme im Rahmen der Sitzung gebeten. Dieser berichtet über die Personalsituation sowie die Bemühungen des Personalrates. Für ihn stehe fest, dass das Personal in diesem Umfang gebraucht werde, da es auch gesetzliche Vorgaben gebe, die einzuhalten seien. Denkbar sei für ihn lediglich eine Aufgabenkritik.

OBM **Spec** zitiert aus einer Analyse der IHK, die belegt, dass die Personaleffizienz tatsächlich steige. Gleichzeitig habe es aber auch einen deutlichen Zuwachs in der Bevölkerung und in der Zahl der Arbeitsplätze gegeben. Damit seien gleichermaßen der Verwaltungsaufwand und damit der Personalbedarf gestiegen. Einer maßvollen Reduzierung könne Seitens der Verwaltung bei gleichzeitiger Unterbreitung von Vorschlägen zu Aufgabenkritik aber zugestimmt werden..

**TOP 1.1.40**

**Personalkosten  
- Antrag der FW-Fraktion vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 529/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15, 533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.39.

**TOP 1.1.41**

**Antrag zur Stelle Baucontroller  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2015**

**Vorl.Nr. 503/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15, 533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.39.

**TOP 1.1.42**

**Einsparvorschläge im Bereich der  
Stellenplanung  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2015**

**Vorl.Nr. 513/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15, 533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.39.

**TOP 1.1.43**

**Öffentlichkeitsarbeit - Personalkosten  
- Antrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2015**

**Vorl.Nr. 532/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15, 533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.39.

**TOP 1.1.44**

**Einsparvorschläge im Bereich der  
Stellenplanung  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2015**

**Vorl.Nr. 513/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15, 533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.39.

**TOP 1.1.45**

**Sport und Gesundheit  
- Antrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2015**

**Vorl.Nr. 533/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15, 533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.39.

**TOP 1.1.46**

**Einsparvorschläge im Bereich der  
Stellenplanung  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2015**

**Vorl.Nr. 513/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15, 533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.39.

**TOP 1.1.47**

**Projekt Walkerpark  
- Antrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2015**

**Vorl.Nr. 538/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15,

533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.39.

**TOP 1.1.48**

**Projekt Kleingärten Römerhügelweg  
- Antrag der FDP-Stadträte vom 23.11.2015**

**Vorl.Nr. 535/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15, 533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.39.

**TOP 1.1.49**

**Erweiterung des Stellenplans um befristete  
Stellen  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2015**

**Vorl.Nr. 512/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Anträge zum Stellenentwicklungsplan, Vorl. Nr. 529/15, 505/15, 503/15, 513/15, 532/15, 533/15, 538/12, 535/15 und 512/15 werden in ihrer Sachgesamtheit beraten und beschlossen.

Zum Beschluss und Beratungsverlauf siehe unter Tagesordnungspunkt 1.1.39.

**TOP 2**

**Einführung der digitalen Gremienarbeit  
- Präsentation der Sitzungsdienst-App  
Mandatos  
- Vorstellung des weiteren Vorgehens**

**Vorl.Nr. 477/15**

---

Beratungsverlauf:

Die Präsentation zur digitalen Gremienarbeit wird vertagt.

---

**Beschluss:**

- 1.1 Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und den Bau des Kinder- und Familienzentrums Neckarweihingen, Neue Straße 62, auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vom 16.11.2015 mit **Projektkosten** von rd. 8,35 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 200, 300, 400, 500, 600 + 700).
- 2.1 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für die Architektur ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Büro Bernd Zimmermann aus 71636 Ludwigsburg wird zugestimmt.
- 2.2 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für Heizung, Lüftung, Sanitär (HLS) ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Ingenieurbüro Büro Zeeh, Schreyer und Partner aus 71642 Ludwigsburg wird zugestimmt.
- 2.3 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für Elektrotechnik (ELT) ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Ingenieurbüro Schwarz aus 70188 Stuttgart wird zugestimmt.
- 2.4 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für die Tragwerksplanung ab LPH 4 bis 8 auf Basis der Kostenberechnung an das Ingenieurbüro Helber + Ruff aus 71640 Ludwigsburg wird zugestimmt.
- 2.5 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für die Freianlagenplanung ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Büro Mundsinger + Hans aus 70599 Stuttgart wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)  
Stadtrat Juranek (privat verhindert)  
Stadtrat von Stackelberg

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt sei im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 03.12.2015

vorberaten um einstimmig als Empfehlung beschlossen worden, so OBM **Spec**. Auf Nachfrage ergibt sich, dass kein zusätzlicher Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden.

Sodann lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 403/15 abstimmen.

**TOP 4**

**Kindertageseinrichtung Pflugfelden,  
Stammheimer Straße 8  
Ersatzanbau  
- Entwurfs- und Baubeschluss  
(Projektbeschluss)**

**Vorl.Nr. 398/15**

---

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und den Bau der Neubau- und Sanierungsmaßnahme an der Kindertageseinrichtung Stammheimer Str. 8 in Pflugfelden auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vom 16.11.2015 mit **Projektkosten** von rd. 2,5 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 200, 300, 400, 500, 600 + 700).
2. Der evangelischen Kirchenpflege wird für die Ausstattung der Mitarbeiterräume und der Küche (Geschirr etc.) in der Kindertageseinrichtung Stammheimer Straße ein Zuschuss in Höhe von 10.000 EUR gewährt. Der Zuschussbetrag ist in den Projektkosten enthalten.
3. Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen Heizung, Lüftung, Sanitär (HLS) ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Ingenieurbüro Plangruppe Emhardt aus 71696 Möglingen wird zugestimmt.
4. Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen Elektrotechnik (ELT) ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Ingenieurbüro SIB aus 74074 Heilbronn wird zugestimmt.
5. Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für die Tragwerksplanung ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an die Rehle Ingenieure GmbH aus 70197 Stuttgart wird zugestimmt.
6. Der Vergabe der Architektenleistungen ab LPH 6 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Büro marcusbärarchitekten aus 71679 Asperg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)  
Stadtrat Juranek (privat verhindert)  
Stadtrat von Stackelberg

Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Nachdem Seitens des Gremiums auf ergänzenden Sachvortrag und auf Aussprache verzichtet werden, ruft OBM **Spec** den im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 03.12.2015 einstimmig gefassten Empfehlungsbeschluss der Vorl. Nr. 398/15 zur Abstimmung auf.

**TOP 5**

**Ludwigsburger Schlossfestspiele:  
Zuschussfreigabe 2016 - Bericht 2015**

**Vorl.Nr. 481/15**

---

**Beschluss:**

1. Der vorläufige Abschluss 2015 der Ludwigsburger Schlossfestspiele gGmbH wird zur Kenntnis genommen.
2. Den Programmplanungen 2016 wird zugestimmt.
3. Für den Haushalt 2016 wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2016 durch den Gemeinderat, für die Ludwigsburger Schlossfestspiele ein Förderbetrag von 800.000, - EUR genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner (beruflich verhindert)  
Stadtrat Haller (krank)  
Stadtrat Juranek (privat verhindert)  
Stadtrat von Stackelberg

Ja 35 Nein 2 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** weist darauf hin, dass über die Freigabe des Zuschusses zu den Ludwigsburger Schlossfestspielen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 01.12.2015 beraten worden sei. Der Empfehlungsbeschluss sei einstimmig gefasst worden.

Sodann ruft er die Vorl. Nr. 481/15 zur Beschlussfassung auf.

